

Militärisches Vorgehen gegen Libyen klar begrenzen Bischof Ackermann zur Diskussion um Libyen

Trier/Bonn, 29.03.2011 – „Unter den jetzigen Bedingungen muss es darum gehen, die Ziele der Gewalteinämmung und des Schutzes der Zivilbevölkerung glaubwürdig miteinander zu verbinden. Dies schließt eine klare Begrenzung des militärischen Vorgehens der agierenden Koalition ein. Eine weitere Eskalation der Gewalt ist zu verhindern“, so hat der Vorsitzende der Deutschen Kommission Justitia et Pax, Bischof Dr. Stephan Ackermann, im Nachgang zur Frühjahrssitzung der Kommission Justitia et Pax Stellung zu den aktuellen Vorgängen in Libyen Stellung genommen.

Bischof Ackermann unterstrich die Bedeutung der 2005 von der VN-Vollversammlung bestätigten internationalen Schutzverpflichtung zur Abwendung schwerwiegender, systematischer Menschenrechtsverletzungen. Bischof Ackermann konstatierte, dass vieles dafür spreche, dass mit dem auf die VN-Resolution 1973 gestützten Eingreifen der internationalen Koalition ein Massaker an der Bevölkerung von Bengasi verhindert werden konnte. Nichts desto minder blieben schwerwiegende Bedenken hinsichtlich des Vorgehens. Er kritisierte die fehlende Klärung der politischen und militärischen Ziele zwischen den Mitgliedern der internationalen Koalition. Auch die langjährige doppelbödiges Politik gegenüber Libyen sowie die mangelhafte Bereitschaft, frühzeitige und energische Signale in einem früheren Stadium gegen die Gewalteskalation in Libyen zu setzen, trage zu eskalierend wirkenden Irritationen bei. Dies könne auch zu einer Beschädigung des Konzepts der internationalen Schutzverpflichtung führen.

Er betonte, dass es nunmehr darauf ankomme, den Schutz der Zivilbevölkerung zu gewährleisten und zugleich einer weiteren Gewalteskalation zu wehren. Diese schließe eine Beschränkung des militärischen Engagements auf das unbedingt Notwendige ein. Die militärische Herbeiführung eines Regime-Wechsels in Libyen hielt er, so wünschenswert ein Regimewechsel dort auch sei, für weder durch die VN-Resolution 1973 noch durch die kirchliche Friedenslehre gedeckt. Bischof Ackermann warnte davor, den Blick unter dem Eindruck des aktuellen Geschehens auf Libyen zu verengen und die Auswirkungen des dortigen Engagements auf den gesamten arabischen Raum aus den Augen zu verlieren.

Der Text im Wortlaut ist angehängt.

Herausgeber:

Deutsche Kommission JUSTITIA ET PAX
Kaiserstr. 161, D 53113 Bonn
Telefon ++49(0)228-103217
Telefax ++49(0)228-103318
E-Mail: Justitia-et-Pax@dbk.de
<http://www.Justitia-et-Pax.de>

Redaktion:

Einrichtung der Deutschen Bischofskonferenz
und des Zentralkomitees der deutschen
Katholiken zur Förderung von Entwicklung,
Menschenrechten und Frieden

Gertrud Casel, Geschäftsführerin

für Rückfragen:

Jörg Lüer (JP Berliner Büro)
Tel: 030 - 24 34 28 -158
E-Mail: jl@jupax.de